



Gill, Gauck

SEAN GALLUP / GETTY IMAGES

## Bundeswehr Erster Cyber-General

Ludwig Leinhos wird der oberste deutsche Cyber-Krieger. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen entschied in dieser Woche, den 60-jährigen Generalmajor zum ersten Inspekteur des neuen militärischen Organisationsbereichs für den Cyber- und Informationsraum zu berufen. Der Elektroingenieur leitet seit dem Frühjahr den Aufbaustab der neuen Einheit, die ab kommendem April neben Heer, Luftwaffe, Marine, Streitkräftebasis und Sanitätsdienst den sechsten militärischen Organisationsbereich der Bundeswehr bilden wird. Dem neuen Kommando in Bonn werden knapp 14 000 Dienstposten unterstellt. Leinhos, der wie die Inspektoren der anderen Bereiche zum Drei-Sterne-General befördert wird, soll die Bereiche Cyber, IT, Militärisches Nachrichtenwesen, Geoinformationswesen und Operative Kommunikation führen. Mit der Aufwertung des Digitalen reagiert die Ministerin auf die gewachsene Bedrohung durch Cyber-Angriffe. ham

## Karrieren Gauck-Vertrauter als Botschafter?

Der Leiter des Bundespräsidialamts, Staatssekretär David Gill (SPD) soll nach dem Ausscheiden Joachim Gaucks aus dem höchsten Staatsamt Leiter einer deutschen Auslandsvertretung werden. Gauck und Außenminister Frank-Walter Steinmeier würden sich persönlich darum kümmern, dem

ehemaligen Kirchenfunktionär und Juristen einen Botschafterposten zu besorgen, berichten Insider. Im Auswärtigen Amt gibt es erhebliche Vorbehalte gegen Seiteneinsteiger, die keine Diplomatenaufbahn absolviert haben. Zudem ist Gills Lieblingsziel, der Botschafterposten beim Heiligen Stuhl in Rom, derzeit mit einer anderen Quereinsteigerin besetzt: der früheren Bildungsministerin Annette Schavan, die

2013 wegen ihrer als Plagiat entlarvten Doktorarbeit zurücktrat. Das Bundespräsidialamt teilte mit, der Staatssekretär wolle sich zu seiner beruflichen Zukunft nicht äußern. Gill hat im Auswärtigen Amt gute Bekannte: Den für Personalangelegenheiten zuständigen Staatssekretär Stephan Steinlein kennt er bestens, beide studierten vor dem Mauerfall Theologie am evangelischen Sprachenkonvikt in Ostberlin. csc

## Demokratie „Flucht aus der Verantwortung“

Der CSU-Innenpolitiker **Hans-Peter Uhl**, 72, spricht sich gegen Volksentscheide aus, wie sie seine Parteispitze befürwortet.

**SPIEGEL:** Herr Uhl, die CSU-Spitze will künftig Volksabstimmungen auf Bundesebene durchsetzen. Die Parteimitglieder stimmen gerade darüber ab. Was halten Sie von der Idee?

**Uhl:** Ich lehne das entschieden ab. Der Parlamentarische Rat hat bei der Schaffung des Grundgesetzes die Lehren aus den Erfahrungen der Weimarer Demokratie gezogen und Volksentscheide ausdrücklich nicht zuge-

lassen. Dabei sollten wir es belassen.

**SPIEGEL:** Berlin ist nicht Weimar. Wäre die direkte Demokratie nicht ein Mittel, die Entfremdung zwischen Bürgern und Parteien wieder abzubauen?



Uhl

ANDREAS GEBERT / DPA

**Uhl:** Bundesweite Volksabstimmungen müssen organisiert werden, und Parteien haben dafür die Strukturen – anders als der einfache Bürger. Man würde den Parteien also noch mehr Macht geben, weil sie ein neues Instrument in die Hand bekämen, um ihre Vorstellungen durchzusetzen.

**SPIEGEL:** Die Abgeordneten würden einen Teil ihrer Macht an die zurückgeben, von denen sie sie bekommen haben.

**Uhl:** Man kann es auch anders sehen: Volksentscheide eröffnen Parlamentariern die Möglichkeit, aus der Verantwortung zu fliehen. Wir Politiker haben einen Arbeitsvertrag für vier Jahre. Dann entscheiden die Bürger darüber, ob wir weiter-

beschäftigt werden. Da besteht natürlich bei dem einen oder anderen die Neigung, schwierige Entscheidungen in Sachfragen an das Volk zurückzudelegieren. Das ist bequemer als die mühsame Kompromissuche in der parlamentarischen Demokratie. Aber es ist falsch.

**SPIEGEL:** Die CSU argumentiert seit einem Jahr, dass die Bundesregierung ihre Flüchtlingspolitik gegen den Volkswillen durchsetzt. Ein Referendum wäre eine Möglichkeit, das zu ändern.

**Uhl:** Die Flüchtlingspolitik hat in der Tat zu einer Entfremdung zwischen Regierung und Bürgern geführt. Deshalb muss die Politik geändert werden, aber nicht die Verfassung. ran